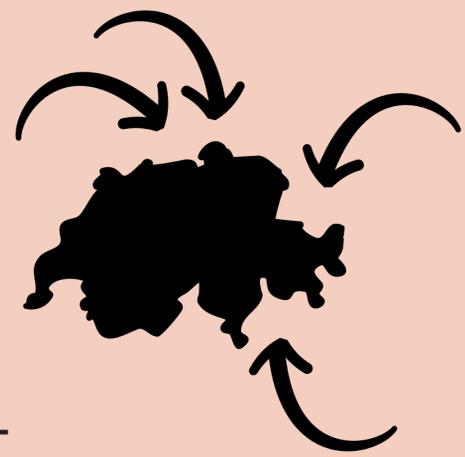


Widerstand!



Die Kontroverse um die P-26 aus heutiger Sicht

Ausgangslage

Die Aufdeckung der Geheimorganisation P-26 im Jahre 1990 erregte die Gemüter in der Schweiz sehr. Es wurde eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK EMD) eingesetzt. In ihrem Schlussbericht kritisierte sie den Bundesrat und die Generalstabschefs, welche die Verantwortung für die P-26 trugen. Darauf standen diese und die P-26 für Jahrzehnte in einem ungünstigen Licht. In der heutigen historischen Beur-

teilung werden jedoch viele der von der PUK verorteten Gefahren relativiert und viele Kritikpunkte der PUK als unzulässig eingestuft. Die vorliegende Arbeit geht den Streitpunkten dieser Kontroverse auf den Grund und nimmt eine historische Analyse der P-26 vor.

Recherche/ Quellen

Literatur:

- Schlussbericht PUK EMD
- Dissertation von Titus Meier «Widerstandsvorbereitungen für den Besatzungsfall. Die Schweiz im Kalten Krieg.»
- Originaldokumente
- Primärquellen aus dem Bundesarchiv
- Sekundärliteratur

Interviews mit direkt betroffenen Akteuren:

- **alt Bundesrat Kaspar Villiger**, Departementsvorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements 1989-1996
- **alt Ständerat Carlo Schmid-Sutter**, Präsident der PUK EMD
- **Gymnasiallehrerin Susi Noger**, ehemaliges Mitglied der P-26

Interview mit:

- **Dr. Titus Meier**, Historiker, Experte zum Thema «P-26»

Was war die P-26

Das «Projekt 26» oder kurz «P-26» bezeichnete die Widerstandsvorbereitungen, welche im Eidgenössischen Militärdepartement zwischen 1979 und 1990 im Geheimen getroffen wurden. Zum Projekt 26 gehörte eine Kaderorganisation, welche den Widerstand in der Schweiz im Besatzungsfall hätte aufbauen und anführen sollen. Die Mitglieder waren unauffällige Personen aus allen Schichten der Gesellschaft. Sie erhielten eine

spezifische Funktionsausbildung als Propaganda- oder Logistikexperten, Genisten oder Funker. Im Besatzungsfall hätte der Fokus auf gewaltfreiem Widerstand gelegen. Bei der ganzen Rekrutierung und Ausbildung der Mitglieder wurden strengste Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um die Geheimhaltung und Sicherheit der Organisation zu wahren und um Skandale zu verhindern.

PUK EMD und zentrale historische Streitpunkte

Die PUK EMD kritisierte insbesondere die fehlende parlamentarische Kontrolle und die fehlende gesetzliche Grundlage der Organisation. Juristisch erwies sich diese Kritik als zutreffend, jedoch falsch adressiert. Eine andere parlamentarische Kommission, welche die P-26 bereits 1981 untersucht hatte, meinte, dass es keine gesetzliche Grundlage brauche und dass sie die parlamentarische Kontrolle selbst übernehmen wolle. Diese

unterliess sie jedoch ab 1983. Die PUK kritisierte jedoch nicht die parlamentarische Kommission von 1981, sondern den Bundesrat und den Generalstabschef. Das von der PUK entworfene Einsatzszenario der Organisation bei einem demokratischen Machtwechsel erwies sich im Rahmen meiner Recherche als unrealistisch.

Fazit

Am Beispiel der P-26 erkennt man, wie ein Wandel der Lebensumstände mit einem Wertewandel einhergeht. Vieles, was der Kalte Krieg richtig erscheinen liess, wirkte um 1990 befremdend und schreckte die Bevölkerung auf. Der PUK EMD unterliefen in ihrer Kritik ernst zu nehmende Fehler, insbesondere bei der Adressierung der Kritik. Die Hauptaufgabe einer PUK, nämlich die der Vertrauensrestauration, erfüllte sie allerdings sehr

pflichtbewusst und nachhaltig, weswegen es ein Fehler gewesen wäre, auf sie zu verzichten. Die Kontroverse um die P-26 zeigt überdies ein grundlegendes Spannungsfeld zwischen demokratischer Transparenz und Geheimhaltung auf, welches sich nie vollständig auflösen lässt.